



Öffentlicher Dienst: Immer mehr Beschäftigte Opfer von Gewalt!

Sie sind es, die das gesellschaftliche Leben am Laufen halten. Das Personal bei der Stadtreinigung ist jeden Tag für saubere Straßen unterwegs. Engagierte Lehrkräfte sind der Garant für ein gutes Schulsystem. Die Polizei sorgt mit hohem Aufwand für mehr Sicherheit. Stets einsatzbereite Rettungskräfte sind vor Ort, um medizinische Hilfe zu leisten. Mit gleichem Einsatz leisten unzählige Beschäftigte aus allen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Sektoren ihre Arbeit. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung!

Umso schlimmer ist es, wenn diejenigen, die das Rückgrat für ein funktionierendes Gemeinwesen bilden, mit Gewalt konfrontiert sind. Zwar ist es im Allgemeinen sicherer geworden. Aber für das Arbeitsumfeld der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in den privatisierten Bereichen gilt das leider nicht. Eine Fahrkartenkontrolle, ein Termin im Amt, eine Elternsprechstunde oder ein sportliches Großereignis – immer häufiger kommt es zu Beleidigungen, Drohungen und tätlichen Angriffen. Die nötige Aufmerksamkeit wird trotzdem nur den wenigsten Vorfällen zuteil.

Eine aktuelle DGB-Umfrage belegt, wie groß das Problem inzwischen ist: Zwei Drittel der Beschäftigten haben in den letzten zwei Jahren Gewalt am eigenen Leib erfahren. Mehr als die Hälfte wurde beleidigt oder angeschrien. Über 25 Prozent haben bereits eine körperliche Bedrängung erlebt. Selbst Schläge, Tritte, Anspucken und sexuelle Belästigung sind keine Seltenheit. Jeder zwanzigste Beschäftigte wurde sogar schon mit einer Waffe angegriffen (siehe Grafik). So bitter es auch klingen mag: Wer im Dienst der Gesellschaft steht, wird im wachsenden Maße zum Opfer von Gewalt!

Die Folgen für die Betroffenen sind schwerwiegend: Viele kämpfen nach Übergriffen mit Angst, Stress und Schlafstörungen. Häufig kommt es zu Krankschreibungen und es werden psychotherapeutische Behandlungen in Anspruch ge-

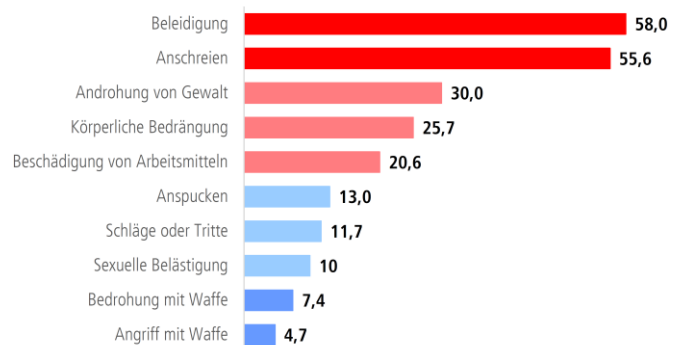
nommen. Nicht wenige Beschäftigte denken nach einer Gewalterfahrung über einen Wechsel der Tätigkeit nach.

Die Gründe für die Zunahme der Gewalt sind vielfältig. Zweifellos hat eine gesellschaftliche Verrohung stattgefunden. Viel zentraler ist aber der Rückzug des Staates in den vergangenen Jahrzehnten. Personal wurde eingespart, Dienststellen zusammengelegt, Einrichtungen geschlossen und die Öffnungszeiten vieler Ämter reduziert. Das hat einerseits den Frust vieler Menschen erhöht. Und andererseits haben ausgebliebene Investitionen zu knappen Personalkapazitäten, Arbeitsüberlastung, unzureichenden Schulungen sowie mangelnden Gefahreinschätzungen durch Vorgesetzte und Arbeitgeber geführt. Alles zusammen erhöht das Gefahrenrisiko für die potenziellen Opfer.

Es gibt deshalb viel zu tun für einen besseren Schutz der Beschäftigten – auch in Niedersachsen. Land und Kommunen sollten neben Präventivmaßnahmen vor allem mehr Geld für Personal, Infrastruktur, eine moderne Arbeitsausstattung sowie Sicherheitstechnik in die Hand nehmen. Auch die Zivilgesellschaft ist gefordert, für ein würdevolles Miteinander zu sorgen und Respekt gegenüber den Beschäftigten zu zeigen. Wir dürfen nie vergessen: Hier arbeitet ein Mensch!

Gewalt gegenüber Beschäftigten im öffentlichen und privatisierten Sektor

– Angaben in Prozent –



Quelle: Erhebung des DGB Bundesvorstandes 2020; eigene Darstellung